

# „Dosis eindeutig zu stark“

Veronika Bellmann (CDU) und Henning Homann (SPD) gegen hohe Subventionskürzung in Solarbranche

Mittelsachsen. Die nächste Solar- und Umweltmesse in Grunau (Gemeinde Niederstriegis), die für den 6. März geplant ist, steht unter keinem guten Stern. Zumindest was die politische Großwetterlage betrifft. Spätestens im April wird der Bundestag über die künftige Subventionierung von Sonnenenergie entscheiden. Eine deutliche Absenkung der Einspeisevergütung gilt als sicher. Für die Solarbranche, die in Mittelsachsen stark vertreten ist, werden Einschnitte befürchtet.

Was bedeuten die Kürzungen für Sachsen und die Region Döbeln? – Das wird bei der neunten Solarmesse ab 10.30 Uhr das Thema einer Podiumsdiskussion mit den Landtagsabgeordneten Sven Liebhauser (CDU) und Henning Homann (SPD) sein. Hans-Jürgen Schlegel aus Döbeln, Referent für Klimaschutz beim Verband für Erneuerbare Energien in Sachsen, hält den zu erwartenden Einschnitt für schwerwiegend, „weil es um einen Industriezweig geht, der zur Hochtechnologie gehört und der zukunftssträftig ist. Wir gehören auf diesem Gebiet zur Weltspitze“. Ein offener Brief an alle sächsischen Bundestagsabgeordneten zur Problematik sei bereits vorbereitet. Nach Einschätzung Schlegels durchzieht die CDU in der Frage der künftigen Förderung ein Riss.

„Hinsichtlich der Kritik an der zu starken Absenkung der Förderkosten war ich mit dem thüringischen Kollegen Christian Hirte leider allein auf weiter Flur“, erklärte gestern die mittelsächsische Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann (CDU) nach einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Zwar sei erreicht worden, dass sich der Absenkungsbeginn generell vom 1. April auf den 1. Juli verschiebt, also sowohl für Solaranlagen auf Dachflächen als auch für solche auf Freiflächen. Die beabsichtigte Kürzung der Einspeisevergütung um 16 beziehungsweise 15 Prozent hält



Für bestehende Photovoltaikanlagen, wie die auf dem Hohenlauffer Deponiehügel, gelten auch in den nächsten Jahren die bisher hohen Einspeisevergütungen für Solarstrom. Bei neu entstehenden Anlagen wird aber deutlich gekürzt, was die Modulhersteller heftig beklagen.  
Foto: Jürgen Kulschewski

Bellmann allerdings für zu hoch und für die Modulhersteller für schwer verkraftbar. „Da ist die Dosis eindeutig zu stark.“

Die zeitliche Verschiebung der Kürzung um wenige Monate hält der Landtagsabgeordnete Henning Homann (SPD) „nur für ein Hinauszögern, aber nicht für die Lösung des Problems“. Gerade für den Osten Deutschlands sei die Solarbranche ein Industriezweig mit Perspektive, weil er tausende weitere

Arbeitsplätze in Aussicht stelle. Behauptungen, dass die Branche schon jetzt flächendeckend rentabel arbeite, seien aber falsch. „Diese Industrie ist noch nicht in der Lage, auf die Förderung des Staates in aktueller Höhe zu verzichten“, so Homann.

Auch Bellmann hat die Jobs, die die Solarindustrie in ihrem Wahlkreis geschaffen hat, im Blick: „Mir sind die Arbeitsplätze in der Region Grund genug, mich weiterhin gegen die starke Absen-

kung der Förderkosten zu artikulieren.“ Da sich aber große Teile von CDU/CSU und FDP im Bundestag bereits einig zu sein scheinen, sieht die Christdemokratin nur noch eine Chance: „Ich gehe davon aus, dass Verbesserungen für die Solarwirtschaft nur noch seitens der ostdeutschen Bundesländer im Bundesrat erreicht werden können. Ich kann Ministerpräsident Tillich nur auffordern, sich entsprechend zu verhalten.“

Olaf Büchel/Björn Meine

## STANDPUNKT

Von Olaf Büchel

### Zukunftsbranche auch ohne Subventionen



Ob Kohle, Werften oder jetzt Solarbranche – schon immer waren staatliche Subventionen für die freie Wirtschaft umstritten. Dass angesichts gährender Leere in öffentlichen

Kassen der Förderhahn schneller zuge dreht wird, als vielleicht von den Sonnenanbetern erwartet, ist nur konsequent. Das sollte nüchtern anerkannt werden, auch wenn ein in der Region stark vertretener Industriezweig wie die Solarwirtschaft davon betroffen ist.

Die jetzt geplanten Kürzungen werden der Branche langfristig keinen großen Abbruch bescheren. Sie wird vielmehr mit ausgereifteren und kostengünstigeren Photovoltaik-Modulen reagieren und somit weiter ihren Absatz sichern. Solarenergie hat Zukunft, auch ohne fette Geschenke vom Staat. ► „Dosis eindeutig zu stark“

📧 [o.buechel@lvz.de](mailto:o.buechel@lvz.de)